

Informationspflichten nach Artikel 13 und 14 DSGVO

Geltende Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und der Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X)

Informationen zur Datenverarbeitung nach Artikel 13 und 14 DSGVO

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur im notwendigen Umfang und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder Ausfallleistungen (UVG) und des Sozialgesetzbuches.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bei der Durchführung des UVG ist das Landesamt für Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Direktor, Georg-Glock-Str. 15, 40474 Düsseldorf (im Folgenden als LaFin NRW oder „wir“ bezeichnet) im Sinne der EU Datenschutz-Grundverordnung (Artikel 4 Nr. 7 DSGVO).

2. Ihre Ansprechpartner in datenschutzrechtlichen Fragen

Zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß der DSGVO im Zusammenhang stehenden Fragen können Sie sich an das LaFin, vertreten durch den Direktor, wenden. Darüber hinaus können Sie Ihre Fragen an die Datenschutzbeauftragten unserer Behörde richten.

Kontaktdaten:

Landesamt für Finanzen NRW, Georg-Glock-Str. 15, 40474 Düsseldorf,

E-Mail: Poststelle-5014@fv.nrw.de, Telefon: (0211) 8222-0;

Landesamt für Finanzen NRW, Datenschutzbeauftragte, Erkrather Straße 339,

40231 Düsseldorf, E-Mail: Datenschutzbeauftragte_LaFin@fv.nrw.de.

Anfragen, die Sie unverschlüsselt per Elektronischer Post (E-Mail) an uns senden, können möglicherweise auf dem Übertragungsweg von Dritten gelesen werden. Wir können in der Regel auch Ihre Identität nicht überprüfen und wissen nicht, wer sich hinter einer E-Mail-Adresse verbirgt. Eine rechtssichere Kommunikation durch einfache E-Mail ist daher nicht

gewährleistet. Für die Übermittlung schutzwürdiger Nachrichten empfehlen wir, Ihr Anliegen auf dem Postweg zu senden oder verschlüsselte elektronische Kommunikation zu nutzen.

3. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke unserer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG. Es werden personenbezogene Daten bei der Geltendmachung und Vollstreckung des gemäß § 7 Absatz 1 UVG auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruches gegen den barunterhaltspflichtigen Elternteil sowie ggfs. zur Bearbeitung von Erstattungsansprüchen mit Sozialleistungsträgern verarbeitet und ggfs. zu Prüfzwecken durch den Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshof vorgehalten.

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 c), Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2 f) DSGVO in Verbindung mit § 68 Nr. 14 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I), §§ 67 Absatz 2 Satz 1, 67a ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), §§ 1, 2, 4 bis 7 UVG verarbeitet.

Gemäß § 6 Absatz 1 UVG sind Sie verpflichtet, uns auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung des UVG erforderlich sind.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Wir verarbeiten folgende Kategorien personenbezogener Daten über Sie:

a) Stammdaten inklusive Kontaktdaten:

Aktenzeichen, Familienname und Vorname des berechtigten Kindes und beider Elternteile, Daten zum Ehegatten, Daten zu Lebenspartnerin/Lebenspartner, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Familienstand, Kindschaftsverhältnis, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung.

b) Daten zum Unterhaltsrückgriff:

Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Bankverbindung, Leistungszeitraum, -höhe und -art, Daten zum Beruf, zur Schul- und zur Berufsausbildung, Daten zur Dauer und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses, Angaben zur Unterbringung und zu Betreuungszeiten des Kindes, Daten zu Unterhaltsansprüchen/

Regressansprüchen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Daten zu etwaigen Verbindlichkeiten, Daten zu berufsbedingten Aufwendungen, Gesundheitsdaten.

5. Empfänger/innen der Daten oder Kategorien von Empfängern/innen

Wir können die unter Ziffer 4 genannten Daten zum Zwecke unserer gesetzlichen Aufgabenerledigung an folgende Dritte übermitteln:

Andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter, Beistände, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesamt für Justiz, Bundesrechnungshof, Landesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Insolvenzverwalter, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Ausländerbehörden, Auftragsverarbeiter (z.B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genehmigt wurden), Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an öffentliche Stellen übermittelt werden, wie z.B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter.

6. Speicherdauer

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten solange, wie dies für die Aufgabenerfüllung nach dem UVG erforderlich ist. Das ist solange der Fall, bis das Verfahren betreffend die Unterhaltsheranziehung beendet ist. Eine Beendigung des Heranziehungsverfahrens liegt vor, wenn keine Zahlung von Unterhaltsvorschuss mehr erfolgt und die Bearbeitung des Rückgriffs beim barunterhaltspflichtigen Elternteil abgeschlossen wurde (Grenze: Verjährung/Verwirkung). Innerhalb der vorstehend genannten Frist besteht kein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten.

7. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht, **Auskunft** über Ihre bei uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO). Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie nach Artikel 16 DSGVO die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen. Sie haben das Recht auf **Löschung** Ihrer personenbezogenen Daten, wenn hierfür die Voraussetzungen des Artikel 17 DSGVO vorliegen. Unter den Voraussetzungen des Artikel 18 DSGVO in Verbindung mit § 84 Absatz 3 SGB X können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z.B. dann in Betracht, wenn wir die Daten nicht mehr länger benötigen, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

8. Datenerhebung bei anderen Stellen

Wir können zum Zwecke unserer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG gemäß Artikel 6 Absatz 1 c), Absatz 3 und Artikel 9 DSGVO i.V.m. §§ 67a ff. SGB X, § 6 Absatz 2, 5 und 6 UVG unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können sein:

Andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Beistände, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesamt für Justiz, Ausländerbehörden, beim anderen Elternteil, Vormund, Betreuer, bei entsprechendem Wirkungskreis Pfleger, Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen, Maßnahme- und Bildungsträger. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden, wie z.B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter, usw.

9. Beschwerderecht

Im Hinblick auf mögliche Verletzungen Ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes NRW, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf (weitere Informationen siehe <https://www.lidi.nrw.de>), Beschwerde einlegen.